

# Amts- und Anzeigebblatt

## für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Wochenpreis vierteljähr. M. 2.40 einschließl. des Postz. Unterhaltungsblattes in der Geschäfts-Klasse, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

### Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die Kleinspaltige Zeile 15 Pf. Im Anzeigenteil die Zeile 40 Pf. Im amtlichen Zeile die gespaltene Zeile 40 Pf. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen.

Im Falle höherer Steuern — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Vorkünfte des Verlegers der Zeitung, der Preisveränderung oder der Vergrößerung der Zeitung, ist der Verleger berechtigt, auf Vergrößerung oder Nachlieferung der Zeitung über auf Vergrößerung der Zeitung zu bestehen.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebahn in Eibenstock.

Fernsprecher Nr. 110.

Nr. 52. 65. Jahrgang. Sonntag, den 3. März 1918.

### Gehalts- und Lohnnachweisungen für die Steuereinschätzung.

Durch die in allen Amtsblättern abgedruckte Verordnung des Finanzministeriums vom 16. Oktober 1917 über die Aufstellung der Gehalts- und Lohnlisten, Gehalts- und Lohnkarten für die Einkommensteuerveranlagung war angeordnet worden, daß in den nach §§ 36 und 37 des Einkommensteuergesetzes für die Zwecke der Einkommensteuerveranlagung aufzustellenden Gehalts- und Lohnnachweisungen (Gehalts- und Lohnlisten, Gehalts- und Lohnkarten) von den Arbeitgebern, Dienst- und Anstellungsbehörden, Vorständen von juristischen Personen, Vereinen usw. auch die den Beamten, Angestellten und Arbeitern aus Anlaß des Krieges gewährten Teuerungszulagen, Familienbeihilfen, Kinderzulagen oder unter sonstiger Bezeichnung zum Gehalt oder Lohn gewährten Zulagen und Beihilfen aller Art mit aufzunehmen sind. Diese Anordnung ist vielfach unbeachtet geblieben. Nachdem durch das Gesetz vom 15. Februar 1918 zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 bestimmt worden ist, daß die obengenannten Teuerungszulagen, Familienbeihilfen usw. dem steuerpflichtigen Einkommen der Beamten, Angestellten und Arbeiter zuzurechnen sind, werden die Arbeitgeber darauf hingewiesen, daß sie nach § 36 Abs. 6 des Einkommensteuer-

gesetzes dem Staat für die Steuerbeträge haften, die ihm infolge der Unterlassung der Angabe von Bezügen der bezeichneten Art in den Gehalts- und Lohnlisten, Gehalts- und Lohnkarten entgehen.

Die Arbeitgeber, die in den für die diesjährige Einkommensteuerveranlagung aufgestellten Gehalts- und Lohnlisten, Gehalts- und Lohnkarten die nötigen Angaben über die Teuerungszulagen usw. nicht gemacht haben, werden daher aufgefordert, ihre Angaben ungesäumt nachzuholen oder zu ergänzen. Dresden, am 26. Februar 1918.

Finanzministerium, I. Abteilung.

### Städtischer Butterverkauf.

Montag, den 4. bis. Mts., vorm. Nr. 1401—1750, nachm. Nr. 1751 u. f. Fern. Dienstag, " 5. " " " " 351—700, " " 1—350, Mittwoch, " 6. " " " " 701—1050, " " 1051—1400. Eibenstock, den 2. März 1918. Der Stadtrat.

### Vom Weltkrieg.

Ein sprechendes Bild vom deutschen Vormarsch an der Ostfront entrollt folgender Bericht: Berlin, 1. März. Der Kriegsberichterstatter Hans Ryser meldet der „B. Ztg.“ über den Vormarsch an der Ostfront aus Biala: Trotz ihrer vielen ausgebauten Stellungen haben die Russen, die gerade von der Roten Garde abgelöst wurden, nirgends ernstlichen Widerstand geleistet. Zahlreich fliehen die Banden durch das Land, alles Material unverteidigt zurücklassend. Die Beute an Fahrzeugen ist unüberschaubar. Auf allen Straßen bietet sich ein phantastisches Bild der völligen Auflösung des russischen Heeres. Überall strömen aus auf dem Vormarsch die russischen Soldaten entgegen. Hier ist der Krieg zu Ende. Zuweilen ist man mit seinem Wagen ganz von Russen umgeben, so daß man mehr einen russischen Rückzug als einen deutschen Vormarsch mitzuerleben glaubt. Mitten unter diesen Scharen befinden sich Hunderte von österrömisches zurückziehenden Kriegsgefangenen, die jubeln zu den deutschen Befreierern ihre Mützen schwenken, und deutsche Kriegsgefangene in allen möglichen Trachten.

### Ueber den Einmarsch der österreichisch-ungarischen Truppen in die Ukraine, meldet der gestrige Generalstabesbericht:

Wien, 1. März. Amtlich wird verkündet: Westlich der Brenta scheiterte ein Versuch der Italiener. — Von Regierung und Bewohnern immer wieder und in den jüngsten Tagen besonders eindringlich aufgerufen, sind gestern Truppen des Feldmarschalls Böhm-Ermolli zu friedlicher Intervention in Podolien eingedrückt und haben die Linie Kowosseliza—Chotin—Kamenitz—Podoski erreicht. Die an den Bahnen und wichtigen Straßen vordringenden Abteilungen haben den Aufschlag, in den durchschrittlenen Gebieten Ruhe und Ordnung herzustellen und die für die Einfuhr nötigen Handelswege zu sichern. Der Chef des Generalstabes.

### Italienscheits werden demnächst wichtige Vorgänge erwartet:

Lugano, 1. März. Die Militärkritiker des „Secolo“ und des „Corriere della Sera“ teilen mit, daß amerikanische Generalstabsoffiziere in den italienischen Generalstab eingetreten sind. Es könne kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß Italien unmittelbar am bevorstehenden wichtiger Entscheidungen stehe.

### Bon See

wird über die Versenkung der „Guenart Castle“ weiter gemeldet:

Amsterdam, 1. März. Aus London wird gemeldet: Die Gesamtzahl der Versenkten von der „Guenart Castle“ beträgt 29. Es werden insgesamt 163 Personen vermisst. Die genauen Ziffern sind die folgenden: An Bord befanden sich 120 Leute der Besatzung, 7 Offiziere, 8 Krankenschwe-

stern und 47 Mitglieder des medizinischen Personals. Gerettet wurden: 25 Mann der Besatzung und 4 Mitglieder des medizinischen Personals.

Die Verhandlungen mit Rumänien sind noch nicht weiter gekommen. Es liegen im Gegenteil Nachrichten vor, nach denen seitens Rumäniens dem Abschluß eines Vertrages Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Es wird darüber berichtet: Wien, 1. März. Die Audienz des Grafen Czernin beim König Ferdinand von Rumänien ist erfolgt, nachdem die Besprechungen mit General Averescu zu keinem Ergebnis geführt hatten. In unterrichteten Kreisen wird für möglich gehalten, es werde, falls der König sich zu Verhandlungen auf den vom Vierbund angebotenen Grundlagen entschließen sollte, der Fortsetzung der Verhandlungen eine Neubildung der rumänischen Regierung vorgehen. Die Mitteilungen, die Graf Czernin dem König im Namen des Vierbundes gemacht hat, haben nicht den Charakter eines Ultimatums getragen.

Budapest, 28. Februar. Der Wiener Korrespondent des „Pester Lloyd“ meldet, daß aus unterrichteten Kreisen verlautet, Rumänien bereite, trotz der üblen Lage, in der es sich befindet, einer Einigung noch immer erhebliche Schwierigkeiten. Die Rumänen legen eine Haltung an den Tag, die in den Tatsachen gewiß keine Zusage findet. Worauf die Rumänen noch rechnen, wenn sie sich unseren Forderungen entgegenstellen, ist nicht ersichtlich. Ihre an der Front stehende Armee kann es nicht sein, denn deren strategische Lage ist schon jetzt keineswegs bedeutendwert, kann sich aber schon in aller nächster Zeit zu einer geradezu verzweifelt gestalten. Eine militärische Rettung für Rumänien, sei es aus eigener Kraft, sei es durch Hilfestellung der Entente, ist ausgeschlossen. Aber auch darauf kann die rumänische Regierung nicht rechnen, daß die Mittelmächte, wenn sie die ihr gebotene Gelegenheit, das Land vor einer Katastrophe zu bewahren, zurückweist, sich damit begnügen würden, ihre den Rumänen gegenüberstehende Front Gewehr bei Fuß abwarten zu lassen, bis man in Jassy bessere Einsicht gewinnt. Es ist daher anzunehmen, daß die Mittelmächte in diesem Fall nicht zögern würden, zur Verstärkung des rumänischen Friedenswillens einen entsprechenden Druck auszuüben.

Bern, 28. Februar. Das „Berneer Tageblatt“ veröffentlicht ein Interview eines seiner Mitarbeiter mit dem rumänischen Gesandten in Bern, der sich bezüglich des Friedensschlusses keinen Illusionen hingibt. Rumänien sei gezwungen, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, der vielleicht alle Hoffnungen des rumänischen Volkes auf längere Zeit zerstören werde. Der Gesandte macht nicht allein das zaristische Rußland, das durch sein formelles Ultimatum Rumänien zum Kriegseintritt gezwungen habe, für Rumäniens Unglück verantwortlich. Erst der Verrat der maximalistischen Regierung habe die rumänische Katastrophe herbeigeführt. Die österreichische Regierung habe sich sogar des rumänischen Nationalvermögens bemächtigt. 1 Milliarde, größtenteils Gold, die von der rumä-

nischen Regierung in der russischen Staatsbank deponiert waren, sei von den Maximalisten beschlagnahmt worden.

### Tagesgeschichte.

Deutschland. — Neues finnische Hilfesuch. Die finnische Regierung hatte bereits Mitte Februar in Berlin ein Gesuch um deutsche Waffenhilfe überreicht. Es war darin das furchtbare Wüten der Roten Garde und deren Unterstützung durch die gegenwärtige Petersburger Regierung sowie die dadurch herbeigeführte Notlage Finnlands geschildert. Nun haben die finnischen Bevollmächtigten am Donnerstag der deutschen Regierung ein neues Gesuch überreicht. In diesem wird vor allem die Lebensmittelmangel des Landes dargelegt und um die deutsche Hilfe auch gegen diese gebeten.

### Oesterreich-Ungarn.

Ministerpräsident Seidler über den Einmarsch in die Ukraine. Ministerpräsident Dr. Ritter von Seidler beantwortete am Donnerstag im Herrenhaus die tags vorher eingebrachte Interpellation Wistritschers, betreffend Maßnahmen der Regierung zur Sicherung des Getreideimportes aus der Ukraine. Er betonte, daß allerdings ein Vorgehen Oesterreich-Ungarns in der Ukraine ursprünglich nicht in Aussicht genommen war. Wir dürften damals mit einiger Zuversicht annehmen, daß wir auf Grund des auch in dieser Beziehung vorwaltenden Einvernehmens mit dem Deutschen Reich und den Vereinbarungen mit der ukrainischen Regierung unsere Interessen, die fürs erste auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung liegen und dazu administrative Maßnahmen ausreichen würden, zu wahren vermögen. Zeitlich aber haben sich die Voraussetzungen sehr wesentlich verschoben. In verschiedenen, gerade für unseren Nahrungsmittelverkehr besonders wichtigen Gebieten der Ukraine haben sich nämlich Vorgänge zugezogen, die für das Deutsche Reich einen Anlaß zu besonderen Sicherungsmaßnahmen bieten. Mit Rücksicht auf diesen Vorgang hat aber auch andererseits die ukrainische Regierung an uns die dringende, hitherto mit größtem Nachdruck wiederholte Bitte um Unterstützung gerichtet. Unter diesen Umständen können wir unsere Hilfe nicht ablehnen. (Beifall.) Denn wir würden es uns sonst gegebenenfalls selbst zuzuschreiben haben, wenn die Ukraine infolge unserer Ablehnung überhaupt oder doch in der gewünschten kurzen Frist nicht in der Lage sein sollte, ihre uns gegenüber übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Unser Vorgehen stellt sich ausschließlich als Akt einer von den anderen Staaten erbetteten und im eigenen Interesse bewährten Rechts- und Verwaltungshilfe dar, der natürlich unter den gegebenen Umständen nicht als das durch einen friedlichen Einsatz beschränkte Maß erfolgen kann.

Schweiz. — Friedensvermittlung der Schweiz? „Journal de Genève“ teilt Gerüchte von einer bevorstehenden Friedensvermittlung durch die Schweiz mit. Eine